

Die Solidarwirtschaft als Raum für gesellschaftliche Experimente

Einführung

Als Initiator und Förderer eines 1984 aufgenommenen Projekts zur Eingliederung von Arbeitslosen in Luxemburg stieß ich Anfang der 90er Jahre zum ersten Mal auf den Begriff „Solidarwirtschaft“.

Dieser Begriff weckte damals bei mir größtes Interesse, da das Umfeld, in dem ich die Projekte für den Eingliederungsverein vorantreiben sollte, mir nicht die Möglichkeit zur Berücksichtigung folgender Aspekte gab: erstens Einbeziehung der Persönlichkeit des Individuums als solche; zweitens grundlegendes Hinterfragen der Funktionsweise des dominierenden Wirtschaftssystems; drittens Erkennen erster Anzeichen für neue Möglichkeiten einer Solidarität, die auf bürgerschaftlichem Engagement basiert; viertens demokratische Einflussnahme auf die politischen Leitlinien.

In der Tat bestand die Maßnahme, die bezüglich der genannten Punkte erlaubt war, erstens darin, Menschen einseitig weiterzubilden oder vielleicht besser gesagt zu programmieren, um sie dazu zu befähigen, eine Beschäftigung zu finden. Zweitens sollte das „Eingliederungsunternehmen“ (Produktion von Gütern und Dienstleistungen für das Gemeinwohl) in das Gefüge des dominierenden Wirtschaftssystems eingepasst werden, und zwar in dem Bewusstsein, dass die traditionelle Sozialwirtschaft, die vor allem auf Produktionsgenossenschaften aufbaute, keine absolute Alternative zum Modell des kapitalistischen Unternehmens war. Drittens sollte für den „schwachen“ Teil der Bevölkerung gesorgt werden, ohne gemeinsame Überlegungen auf gesellschaftlicher Ebene zu der neuen gesellschaftlichen Vielfalt anstoßen zu können. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass Eingliederung davon ausgeht, dass es zwei Arten von Bürgern gibt: diejenigen, die über eine Beschäftigung und über einen gewissen Wohlstand verfügen, und diejenigen, die arbeitslos sind und von den sozialen Transferleistungen der Erstgenannten abhängen. Dies bewirkt eher, dass ein Beitrag zur Betonung der Entsolidarisierung der Gesellschaft geleistet wird. Viertens sollte blind an der bestehenden wirtschaftlichen Entwicklung teilgenommen werden, um so jegliches Handeln als „Gemeinschaft der Bürger“ (gemäß der Soziologie des 19. Jahrhunderts) für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft zu vermeiden. Dies umso mehr, da das durch die Eingliederungsinitiativen bewirkte Handeln letztlich mehr einer Politik diene, die das ultraliberale Wirtschaftsmodell aufrecht erhielt, als der Emanzipation und der Berücksichtigung bürgerschaftlicher Bestrebungen.

Die Fragen zu den moralischen und politischen Werten in Verbindung mit Konzeption und Handeln der Solidarwirtschaft waren also formuliert.

Teil I

Einbindung der Solidarwirtschaft in wissenschaftliche Überlegungen

Von einem moralisch gerechtfertigten Wirtschaftssystem ...

Vor einem solchen eher feindlichen Hintergrund erforderten die Verteidigung und Förderung eines solidarwirtschaftlichen Gedankens bzw. eines entsprechenden Projekts, dessen genannten Werte die Grundlage des Handelns bilden, eine Vorgehensweise, die informell subversiv und formell erfahrungsbasiert sein musste: informell subversiv im Sinne einer Nutzung der Handlungsmöglichkeiten, die sich durch juristische Lücken und Ungenauigkeiten ergeben; formell erfahrungsbasiert, indem man die konkrete und permanente alternative Erfahrung in die Unbestimmtheit des dominierenden politischen Diskurses einpasst.

Dieser Ansatz mag zwar unmoralisch erscheinen, wir können uns jedoch auf Diskussionen zu den möglichen Beziehungen zwischen den Dominierenden und Dominierten beziehen. Und wir können vorbringen, dass diese Art des Vorgehens als eine legitime Verteidigung der Dominierten angesehen werden und daher moralisch gerechtfertigt werden kann. Der Ansatz stellt sich nicht einmal revolutionär gesinnt gegen die Obrigkeit mit dem Ziel, diese abzuschaffen, sondern zeigt seine Fähigkeit, sich über einen reichen Erfahrungsschatz der Schwächen und Unstimmigkeiten des dominierenden Systems zu bedienen, um dieses ändern zu können. Was Simmel (in Soziologie, 1908) zu den Beziehungen zwischen Individuen sagte, kann auch für die möglichen Beziehungen zwischen Gruppen gelten: „Im Allgemeinen liegt niemandem daran, dass sein Einfluss den Andern bestimme, sondern daran, dass dieser Einfluss, diese Bestimmtheit des Andern auf ihn, den Bestimmenden, zurückwirke. Darum liegt eine Wechselwirkung schon bei jener abstrakten Herrschsucht vor, die daran befriedigt ist, dass das Handeln oder Leiden, der positive oder negative Zustand des Andern sich dem Subjekt als das Erzeugnis seines Willens darbietet.“

Demzufolge können wir, wenn sich die beiden Seiten, die Dominierenden und die Dominierten, zumindest auf die Legitimität einer solchen Verständigungs- und Verhandlungsebene einigen, auch die Akzeptanz einer gemeinsamen Vorstellung von dem Willen anstreben, sich in einem Prozess der sozialen Transaktion und des Wandels zu engagieren, indem wir Fortschrittsstrategien nutzen, die auf einem pragmatischen Ansatz aufbauen.

Wenn also der pragmatische Ansatz die Grundlage dessen bilden kann, das den Wandel ermöglicht, und wenn das beste pragmatische Instrument in der Erfahrung besteht, stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen und wo das Experiment der Solidarwirtschaft stattfinden kann.

Man kann sich an dieser Stelle ein Spannungsfeld in Form eines Dreiecks vorstellen, das einerseits von zwei Habermas'schen Betrachtungen ausgeht. Diese beziehen

sich erstens auf das demokratische Ideal, das auf der Überzeugung beruht, dass Entscheidungen von einem Konsens abhängen müssen, der in einem herrschaftsfreien Diskurs erzielt wird, und betonen zweitens das Recht, dass die Zivilgesellschaft bei Problemen oder Ungerechtigkeiten Ungehorsam gegenüber der Autorität zeigen darf. Andererseits können wir uns auf die Überlegungen von Bentham beziehen, der als Liberaler und Verfechter des Utilitarismus mit seinen Arbeiten zum wirtschaftlichen Individualismus auch Wege zu einer administrativen Zentralisierung aufgezeigt hat, die mit der Einrichtung moderner demokratischer Systeme einhergeht. Daraus ergeben sich Gesellschaften, in denen die Beziehungen zwischen den Individuen zunehmend durch das Instrument des Vertrags geregelt sind und in denen der politische und demokratische Apparat sowie seine Verwaltung idealerweise die Autorität sind, die dieses Vertragsprinzip kontrollieren.

Wir können daher davon ausgehen, dass die solidarwirtschaftliche Bewegung der dominierte Teil ist und als solcher von einem Teil der ungehorsamen Zivilgesellschaft vertreten wird, die Dewey als „Öffentlichkeit“ bezeichnet. Außerdem können wir annehmen, dass die Autorität von Politikern vertreten wird, die einer utilitaristischen Sozioökonomie anhängen, und dass die Verständnisebene zu einem Produkt wird, das sich aus freien, nicht autoritären Diskussionen und aus Vertragsbeziehungen zusammensetzt. Diese Verständnisebene ist kein Kompromiss, der die Bedeutung des Einflusses der beiden anderen Gegensätze Autorität und Unterordnung ausschaltet oder verringert, sondern diese Ebene schafft trotz aller Hindernisse tatsächlich die real bestehende Erfahrung.

Heute bleibt diese Erfahrung ein permanentes Feld der Konfrontation, auf dem Gewinne und Verluste für beide Seiten flüchtig sind und sich schnell abwechseln. Geregelt werden Gewinne und Verluste jedoch vor allem über Beziehungen, die auf dem Vertragskonzept basieren. Der Vertrag besteht im rechtlichen und im moralischen Sinne.

Um also einschätzen zu können, ob ein Wirtschaftssystem „moralisch“ sein kann, möchten wir das, was Tönnies und andere Denker seiner Zeit eine organische Gemeinschaft genannt haben, mit dem in Bezug setzen, was Dewey eine ideale Demokratie nennt. Die organische Gemeinschaft basiert stark auf dem Verständnis des Individuums in seinem Verhältnis zur Gesellschaft. Dewey schlägt mit seiner idealen Demokratie vor, das Individuum und die Gesellschaft nicht als Gegensätze zu sehen, sondern als ergänzende Elemente, die sich in einem ständigen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Austausch befinden.

... hin zu einem politischen Wirtschaftssystem

In diesem Sinne nehmen wir die Erklärungen zum Begriff der Gemeinschaft bei Tönnies auf. Dieser Begriff steht im Gegensatz zur Gesellschaft, um das darzustellen, was Dewey eine soziale Bewegung nennt, und ist eher in die Gesellschaft integriert, kennt dabei jedoch sowohl konfliktive als auch ergänzende Situationen. Die Erfahrung im Rahmen einer sozialen Bewegung ist somit für Dewey der Mechanismus, der für die Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften sorgt. Die Solidarwirtschaft als Bewegung hat den Charakter einer besonderen Erfahrung in ihren eigenen, sowohl individuellen als auch kollektiven Begrenzungen, und zwar allein schon aufgrund der Bedeutung, die dem Gegenseitigkeitsprinzip und

dem Geben beigemessen wird. Die Solidarwirtschaft ist auch in einem größeren Rahmen eine besondere Erfahrung, d. h. in einem wirtschaftlichen Umfeld, in dem sie die Diskussion und den Austausch mit anderen Wirtschaftsakteuren fordert und in dem sie zum Akteur unter anderen Akteuren wird, die laut Dewey Handelnde sind. Dies erfolgt im Sinne der Beschreibung einer pluralistischen Wirtschaft und in noch viel größerem Maße bei den Ambitionen, welche die Solidarwirtschaft bezüglich der notwendigen Räume für die Existenz pluralistischer Systeme transportiert. Dabei spricht sie einen anderen Raum an, den Raum der politischen Demokratie. Wie bereits in der Diskussion zum Verständnis des Regierungsbegriffs wurden diese beiden Räume als Unterkonzepte zur Anpassung der Ambitionen eines organischen öffentlichen Raums definiert, der aus der Zivilgesellschaft besteht und in dem die Solidarwirtschaft genau ihren Platz findet, da sie den exklusiven Rahmen der Wirtschaftsaktivität überschreitet und dabei eine produktive Tätigkeit aufnimmt.

Zunächst muss die produktive Tätigkeit der Solidarwirtschaft im Wirtschaftsraum als Erfahrung im demokratischen Raum gemäß Dewey betrachtet werden, um sie anschließend im Rahmen eines organischen Regierungssystems betrachten zu können, das vom öffentlichen Raum oder von der partizipativen Demokratie vertreten wird. Dadurch lässt sich von ihr sagen, dass sie ein wesentlicher Aspekt der sozialen Transaktion ist. Wir können also sehen, dass kein Gegensatz zwischen dem Individuum als Mitglied einer organischen Gesellschaft und dem Individuum als Mitglied einer mechanischen Gesellschaft aufgestellt werden kann und akzeptieren dabei zunächst, dass es sich um ein und dasselbe Individuum handelt, das in einem Wirtschaftsraum produziert und erfindet und zugleich in einem politischen Raum experimentiert und Beschlüsse fasst. Die Beziehung zwischen Wirtschaftsraum und politischem Raum ist daher gewissermaßen aufgehoben, wenn man überlegt, dass die Existenz dieser Räume von der Existenz des Individuums abhängt, das durch sein permanentes Handeln das Element ist, das über diese beiden Räume hinausgeht und ihnen letztlich nur eine kognitive Realität verleiht. Zweitens: Wenn das Individuum und sein Handeln die Grundlage der Konzeption und der Organisation für die Entwicklung des eigenen Schicksals sind, dann scheint es die Gesellschaft zu bilden. Der Raum, der notwendig ist, damit das Individuum eine Gesellschaft bilden kann, muss daher ein Raum sein, der ihm die direkte Äußerung ermöglicht. Das nenne ich hier einen organischen Raum der partizipativen Demokratie. Dieser Raum wird somit der grundlegende Raum für die Bestimmung der politischen und wirtschaftlichen Stützungskonzepte, die den Vorstellungen von der Mechanik entsprechen und somit ermöglichen, Fragen zu behandeln, die sich durch die vermehrte Teilhabe an der Erfahrung von Individuen in einem evolutiven Prozess ergeben.

Wir kommen hier zunächst auf die Beschreibung zurück, die Dewey (Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, 1927) in seiner Theorie vom kollektiven Handeln gibt, um die Bedeutung zu ermessen, welche die Zivilgesellschaft, bei Dewey die „Öffentlichkeit“, als Faktor der sozialen Transformation auf das politische und wirtschaftliche Umfeld haben kann.

Dewey bietet uns durch die pragmatische Methode an, die aus der westlichen philosophischen Tradition vererbten philosophischen Dualismen als seriell zu betrachten. Diese Dualismen wie die Begriffspaare Natur und Kultur, Körper und Geist, Theorie und Praxis, Individuum und Kollektiv verleihen der Geschichte des

europäischen Denkens Struktur. Aber Dewey hebt in seiner Analyse hervor, dass diese Dualismen, die strukturierenden Elemente unserer Gesellschaften, aus einem Prozess hervorgegangen sind, der eher mit einem historischen Konstrukt verbunden ist, das auf der sozialen Praxis basiert. Er belegt die pragmatische Theorie mit dem Begriff der sozialen (und nicht nur philosophischen) Dualismen, bei denen der praktische Ansatz Vorrang vor dem spekulativen oder intellektuellen Ansatz hat. Diese Lesart beim Verstehen der Entwicklung von Gesellschaften wird uns dabei helfen, die Bedeutung, die wir dem praktischen Ansatz geben müssen, und die Bedeutung des Pragmatismus zu begreifen, dessen sich die Solidarwirtschaft in ihrer aktuellen Form bedient, um ihr „kollektives Handeln“ zu organisieren und um sich anschließend Aufmerksamkeit zu verschaffen. Die Tatsache, dass soziale Dualismen bestehen und dass sie strukturierende Elemente für unsere Gesellschaften sind, impliziert zwangsläufig auch Spannungszustände, die Dewey mit den Begriffspaaren Mensch und Natur, Mann und Frau, Ausbeuter und Ausgebeutete, Regierende und Regierte veranschaulicht. Für die praktischen Fortschritte der Solidarwirtschaft fügen wir das Begriffspaar kapitalistisches Unternehmen und solidarwirtschaftliches Unternehmen hinzu. Zum einen ist hier zu beachten, dass durch die beschriebene Form des Wettbewerbs eine Spannungsbeziehung deutlich wird. Der Wettbewerb besteht auf der Ebene einer philosophischen Produktionsorganisation und nimmt im autoritären Denken im Vergleich zu einer etablierten kapitalistischen Ordnung die Bedeutung von unlauterem Wettbewerb an. Zum anderen ist festzustellen, dass eine imminente Dominanz wichtiger und mächtiger kapitalistischer Produktionseinheiten über Produktionseinheiten, die nicht kapitalorientiert sind und uneigennützig Zwecke verfolgen, allgegenwärtig ist. Das impliziert für Dewey, dass nicht nur die Gruppe, die hier versucht, neue Lösungen zu suchen, behindert wird, sondern dass dies Auswirkungen und Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft hat. „Unterdrückung schadet nur den Unterdrückten: Der gesamten Gesellschaft werden mögliche Ressourcen vorenthalten, die ihr zu Diensten sein sollten.“ (Dewey)

Also sind wir hier in einer Situation, die dem Produktionssinn extrem zuwider läuft. Dies gilt umso mehr, wenn man bedenkt, dass das kapitalistische Modell mit Macht jeden Aufstiegsversuch alternativer Modelle unterdrückt, die sich aufgrund dieser ideologischen Unterdrückung gewissermaßen in einer „unbestimmten Situation“ befinden. In einem solchen Muster neigt die Solidarwirtschaft dazu, sich sowohl in ihren Überlegungen als auch in ihrem Handeln zu isolieren, um quasi ein alternatives Modell für die Wirtschaft aufzubauen. Sie kann das nur auf diese Weise tun und wenn sie sich dessen bewusst ist, dass sie sich einer destruktiven wirtschaftlichen und politischen Kritik aussetzt, da sie sich einer etablierten Ordnung widersetzt. „Unbestimmt“ ist die Situation in diesem Moment nur für sie. Die etablierte Ordnung kann sich anscheinend auf eine „etablierte Situation“ stützen. Davon ausgehend, dass der Gegensatz in dieser Form einen „sozialen Dualismus“ darstellt, scheint die Problematik des Gegensatzes für die Solidarwirtschaft eine unbestimmte Situation darzustellen, die es ermöglichen soll, die Situation in ihrem maximalen Ausmaß zu problematisieren. „Ein Problem besteht in der partiellen Transformation einer problematischen Situation in eine bestimmte Situation durch die Forschung ...“ (Dewey, Logik. Die Theorie der Forschung, 1938). Die bestimmte Situation wird hier also zu einer kritischen Betrachtung der Frage nach der wirtschaftlichen Organisation im Allgemeinen. Der Zweck der Erforschung eines sozialen Standpunkts kann folglich als ein Infragestellen der sozialen Dualismen erscheinen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Forschung bei solchen Zielen eher theoretisch als empirisch

erfolgen sollte, ergibt sich aus einem solchen Prozess gewiss, dass nur eine allgemeine Analyse der wirtschaftlichen Frage die Vorgehensweise der Solidarwirtschaft verständlicher machen kann. „Die Forschung ist die kontrollierte oder zielgerichtete Transformation einer unbestimmten Situation in eine Situation, die bezüglich ihrer Besonderheiten und ihrer konstitutiven Beziehungen so bestimmt ist, dass sie die Elemente der Situation in ein vereintes Ganzes überführt.“ (Dewey, *ibid.*)

In diesem Sinne fordert uns Dewey auf, mittels der „Öffentlichkeit“ oder der Zivilgesellschaft, die in unserem Kontext „der öffentliche Raum der Solidarwirtschaft“ genannt wird, über die Beschreibung eines Gegengewichts zum Kapitalismus als dominierendem Wirtschaftssystem nachzudenken. In einer solchen Konfiguration können wir der Auffassung sein, dass sich die beiden Komponenten dieses Dualismus über ihren prinzipiell wirtschaftlichen Charakter ausdrücken können, indem sie ein theoretisches soziales Problem als sozialen Superdualismus darstellen, der aus mehreren sozialen Unterproblemen oder Unterdualismen besteht.

In einem solchen Fall muss man sehen, wie unter solchen Umständen ein dominierter Protagonist, hier der öffentliche Raum der Solidarwirtschaft, mit dem anderen Protagonisten, der das neoliberale kapitalistische System als etwas Funktionsfähiges und Bestehendes verteidigt, in eine Diskussion treten kann, deren Ausgang offen ist.

Dewey ist der Auffassung, dass die gesellschaftlichen Umstände, die Probleme bereiten und sich aufgrund ihrer Komplexität schwer einkreisen lassen, also das, was er eine „unbestimmte Situation“ nennt, zu sozialen Bewegungen führen können. Diese sozialen Bewegungen tauchen für ihn deshalb auf, weil sie einem Unverständnis geschuldet sind und einer Infragestellung der Überzeugungen, die bisher bezüglich einer gegebenen Situation akzeptiert waren. Infolgedessen bildet sich eine „Öffentlichkeit“, die diese Problematik in Frage stellen wird. Folgenden Aspekt dieser Überlegungen sollte man unbedingt in Erinnerung behalten: Die Öffentlichkeit, die sich zum Widerstand gegen eine gegebene Situation bilden wird, ist vor allem durch die Tatsache charakterisiert, dass sie nicht nur aus Personen besteht, die direkt unter den Folgen leiden, sondern dass sie auch aus anderen Menschen gebildet wird, die nicht direkt betroffen sind. In diesem Sinne ist festzustellen, dass sich eine Gemeinschaft bildet, d. h. eine Öffentlichkeit. „... diejenigen, die im positiven oder negativen Sinne indirekt oder schwerwiegend betroffen sind, bilden eine Gruppe, die sich ausreichend vom Rest abhebt, um Anerkennung und einen Namen zu fordern...“. (Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*).

Für Dewey ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, dass ein Individuum zugleich mehreren Öffentlichkeiten angehört und dass seine Zugehörigkeit zu einer Öffentlichkeit nicht unbedingt durch seine soziale Zugehörigkeit bestimmt wird. Die Öffentlichkeit kann sich somit ausgehend von einem Problem bilden, das durch seine Folgen die Privatsphäre überschreitet. Ein Standardbeispiel zur Veranschaulichung dieser Aussage ist ein Streik in einem Unternehmen, bei dem nicht nur die Personen, die z. B. von einer Kündigung direkt betroffen sind, die Öffentlichkeit bilden, sondern auch die anderen Arbeitnehmer, die sich solidarisch zeigen und die Öffentlichkeit zunächst vergrößern können. Aber über diese direkt von den Handlungen des Unternehmens betroffene Öffentlichkeit hinaus bildet sich eine umfassendere

Öffentlichkeit, die eine institutionelle Gemeinschaft ist: die Gewerkschaften. Als vierte Dimension ist eine noch umfangreichere Bewusstseinsbildung auf Ebene der Gesellschaft zu beschreiben, nämlich auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Wenn eine solche Problematik, d. h. Kündigungen in einem Unternehmen, in diesem Sinne die Bildung so großer und vielfältiger Gemeinschaften auslösen kann, dann scheint es sich nicht allein um den problematischen Fall der Kündigung zu handeln, sondern die Problematik erhält eine viel tiefere und allgemeinere Dimension. Damit birgt sie die Möglichkeit eines systemischen Effekts in sich, d. h. dass sich eine Öffentlichkeit engagiert, deren Mitglieder sich in entsprechenden Lebenssituationen befinden oder gut informierte Beobachter der allgemeinen Wirtschaftsabläufe sind und diese Abläufe in Frage stellen könnten.

Diese kollektive Bewusstmachung ist daher wesentlich für eine Bewegung in der Öffentlichkeit und dafür, dass es wirklich eine „soziale Bewegung“ gibt, die eine soziale Transformation anstrebt – in unserem Fall durch eine wirtschaftliche Neuorganisation – und die somit die Handlungsgrundlagen der Solidarwirtschaft darstellt.

Daraus folgt: Wenn es eine soziale Transformation ausgehend von sozialen Transaktionen zwischen bestimmten Kollektiven gibt, dann scheint es für die Protagonisten der Solidarwirtschaft von wesentlicher Bedeutung zu sein, sich eine Öffentlichkeit zu schaffen und somit einen öffentlichen Raum, der sich nicht allein aus Aktivisten und pragmatischen Förderern zusammensetzt, die dann nur eine Gruppe von Befangenen in der Gesellschaft bilden und in einem solchen Dualismus der kapitalistischen Lobby gegenüber stehen würden. Aber die Protagonisten der Solidarwirtschaft müssten sich auch dessen bewusst sein, dass sich die kapitalistische Seite nicht allein aus Kapitalisten zusammensetzt, sondern aus einer ganzen Reihe von gut und weniger gut informierten Protagonisten, angefangen bei denjenigen, die Kapital akkumulieren oder Aktien besitzen, über Spitzenverdiener bis hin zu Personen, die sich als wohlhabend und zufrieden bezeichnen würden oder Menschen, die Angst vor Veränderungen haben bzw. den Privatbesitz an sich verteidigen. Es handelt sich also kurz gesagt um eine Mischung aus Personen, die man üblicherweise als konservativ ausgerichtet bezeichnen würde.

Die Solidarwirtschaft zeigt mit dieser Beschreibung zwar, dass sie eher in der Tradition sozialistischer und progressiver Kräfte steht, hat jedoch in diesem Lager derzeit keinen gewichtigen Partner, der mit ihr dem bestehenden, eher konservativen System gegenüber stünde. Dieser Umstand ist hier als politischer Superdualismus zu sehen. Und natürlich verfügt die Solidarwirtschaft aufgrund ihres heterogenen Charakters, d. h. durch ihre unbestimmte Situation, noch nicht über eine ausreichende ideologische Konsistenz im Sinne einer gemeinsamen Festlegung konkreter Ziele mit den Menschen, mit denen sie versucht, neue Chancen für würdige Lebenserfahrungen zu organisieren und somit ein Klima zu schaffen, in dem der Gedanke eines gemeinsamen Aufbaus eines Umfelds vorherrscht, das zur Schaffung besserer Lebensbedingungen führt. In diesem Sinne folgt die Solidarwirtschaft ganz unverfälscht der Lehre von Dewey. Sie ist ein kontinuierliches Experiment, das weder anstrebt, im Voraus den genauen Zweck seines eigenen Handelns zu definieren, noch sich einer Form der externen Kontrolle zu unterziehen, die von einer Autorität ausgeht, welche außerhalb des Erfahrungsprozesses bestehen dürfte.

Das, was Dewey hier ganz allgemein für den eigentlichen Kern des Funktionierens des demokratischen Systems geltend macht, wenden wir auch auf das gesamte wirtschaftliche Vorgehen zur Demokratisierung der Wirtschaft an. Wenn die Demokratie der Raum ist, in dem die zwischenmenschliche Erfahrung ein Selbstzweck ist, ohne dass eine vorweggenommene Schlussfolgerung möglich ist, wird die Unbestimmtheit zu einem integralen Bestandteil für das Fortleben neuer – auch wirtschaftlicher – Erfahrungen, die auf früheren Erfahrungen aufbauen. „Demokratie ist die Überzeugung, dass der Erfahrungsprozess wichtiger ist als ein einzelnes Ergebnis. Einzelne Ergebnisse haben nur dann einen hohen Wert, wenn sie dazu dienen, den Fortgang des Prozesses zu bereichern und vorzugeben (Dewey, Creative democracy - The task before us, 1939).“

Die Solidarwirtschaft muss hier also belegen, dass der oben beschriebene Superdualismus zwischen progressiver und konservativer Politik ein Schlachtfeld ist, das man gewiss als eine bekannte politische Herausforderung betrachten muss. Aufgrund der Geschichte und der Präsentation durch die politischen Parteien ist der Superdualismus ein sehr populäres Thema, aber der Superdualismus könnte eine falsche Diskussion über die Richtung auslösen, die einzuschlagen ist, um eine Evolution der Demokratie zu erreichen und konkreter noch, um zu einer Transformation des Wirtschaftssystems zu gelangen, damit dieses demokratischer wird. In jedem Fall fordert die Diskussion dazu auf, sich auf eine Position auszurichten und am Ende Partei für eine Lösung zu ergreifen, die zunächst ein einzigartiges Aktionsfeld für eine progressive oder konservative Evolution bestimmt. Dies würde allen innovativen Experimentierversuchen, die auf einer hybriden und komplexen Überlegung aufbauen, ein jähes Ende bereiten. In einer zweiten Phase würde für die soziale Transformation und die soziale Transaktion, die vor allem Verhandlungsmöglichkeiten fordert, ein Großteil an widersprüchlichen Elementen wegfallen, die genau mit diesem Superdualismus verbunden sind. In diesem Fall und da wir die Wirtschaft demokratisieren wollen, müssen wir diesen superdualistischen Gegensatz zwischen der progressiven Vision und der konservativen Vision als aktuellen Hintergrund und Stütze des historischen Wissens beachten, um unserem Handeln und unserer Erfahrung eine Richtung zu geben. Aber wir müssen unseren zu allgemeinen Widerstand in unserem intellektuellen und praktischen Handeln überwinden, um speziellere und besser zugängliche innovative Erfahrungsprozesse einleiten zu können, die auf einem möglichst breiten Ideenspektrum aufbauen und somit ein weites Feld für eine heterogene Teilhabe der Kollektive und Individuen eröffnen. In gewisser Weise muss in diesem Kontext zunächst ein superdualistisches Schlachtfeld in eine Ebene für Verhandlungen und intersubjektive sowie multidimensionale Experimente umgewandelt werden, auf der die speziellen Ergebnisse einen höheren Wert annehmen, um dazu zu dienen, den Fortgang des Demokratisierungsprozesses der Wirtschaft zu bereichern und zu vorzugeben.

Teil II

Umsetzung des solidarwirtschaftlichen Konzepts am Beispiel von Luxemburg

Luxemburg – ein Land mit „lokaler“ Dimension

Seine Größe verleiht Luxemburg bei der Behandlung der hier genannten Themen eine starke Sonderstellung. In der Tat ist Luxemburg ein kleines Land. Es verfügt jedoch über dieselben soziopolitischen Institutionen wie andere große Länder. Diese Feststellung ermöglicht zunächst zwei Schlussfolgerungen. Erstens sind unsere Entscheidungswege enorm verkürzt und die Umsetzung von Projekten wird dadurch erleichtert. Zweitens verhindert diese „einfache“ Umsetzung von Projekten allzu häufig ausführlichere Diskussionen und Überlegungen zum Hintergrund der eigentlichen Schritte.

Die Förderer der Solidarwirtschaft befinden sich daher in einer paradoxen Situation, denn die Fortschritte bei der Einführung konkreter Projekte sind zwar spektakulär, die zugrund liegende Logik ihres Handelns wird jedoch nicht verstanden. Aufgrund dieses Zustands sind die Förderer der Solidarität zwangsläufig dem Begehren der Politik oder anderer interessierter Gruppen und Akteure ausgesetzt, die ihre Aufgaben und Philosophie vereinnahmen und verändern wollen. Diese Einrichtungen mögen zwar stark erscheinen, bleiben jedoch sehr anfällig. Die Tatsache, dass der Hintergrund des Handelns nicht erkannt wird, beruht sicherlich darauf, dass Luxemburg keinen Ehrgeiz entwickelt hat, die Erforschung dieser Bereiche zu fördern und daher nicht über eine hoch entwickelte „Diskussionskultur“ verfügt, die ein solides Umfeld für die erklärten Ziele dieser Einrichtungen gewährleisten könnte.

In einem auf demokratischen Werten errichteten Staat werden vernünftige strategische Entscheidungen der politisch Verantwortlichen zu den von den Förderern der Solidarwirtschaft verfochtenen Konzepten durch diese Situation in keiner Weise unterstützt. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass Begriffe wie Solidarwirtschaft, Sozialwirtschaft oder auch soziale Beschäftigungsinitiativen in Luxemburg schwammige und nebulöse Begriffe ohne eine nuancierte Auslegung bleiben und in der Politik nur instrumentalisiert werden, um sie einem pseudo-intellektuellen Sammelsurium einzuverleiben und so der Diskussion um die aktive Beschäftigungspolitik neue Nahrung zu geben. Diese verkürzte Wahrnehmung des solidarwirtschaftlichen Ansatzes, die eher in das Gebiet der allgemeinen Gesellschaftspolitik fällt als in das einer Politik, die sich exklusiv mit Arbeit, Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten befasst, führt dazu, dass sich die institutionelle Landschaft in Luxemburg bei ihren Ambitionen im Bereich der sozioökonomischen Aktivitäten immer noch an Prämissen ausrichtet, die aus der Politik eines Wohlfahrtsstaats hervorgegangen sind, der versucht, Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen von Ausgrenzung bedroht sind, mit so genannten karitativen Methoden zu betreuen.

Entwicklung der so genannten „aktiven Beschäftigungspolitik“ in jüngster Zeit

Seit Beginn der 80er Jahre ist eine reale Veränderung der Politik zur Bekämpfung der von diesem Zeitpunkt an zunehmenden Arbeitslosigkeit festzustellen. Wir können beobachten, dass die Betreuung „bedürftiger“ Personen, die bisher zum größten Teil von religiösen Gemeinschaften und anderen karitativen Einrichtungen geleistet wurde, mehr und mehr von einer Politik übernommen wird, die das Vorbeugen und

die „Wiedereingliederung in die Erwerbswelt“ fördert, sowie von privaten Einrichtungen mit starkem bürgerschaftlichem Engagement.

Einerseits verstärkt die öffentliche Hand, d. h. der Gesetzgeber, die Verwaltung, die sich um Beschäftigung kümmert, benennt den Solidaritätsfonds für Arbeitslosigkeit in Beschäftigungsfonds um und erfindet einen bunten Strauß an atypischen (nicht geregelten) Arbeitsverträgen sowie andere Instrumente wie den Vorruhestand, um eine Massenarbeitslosigkeit abzuwenden. Die Privatwirtschaft überlässt jegliche Verantwortung für den Umgang mit dieser Bedrohung den staatlichen Instanzen und drängt diese dazu, immer spezifischer auf dieses Phänomen zu reagieren und Maßnahmen zu sehr speziellen Bedarfssituationen in Verbindung mit individuellen „Schwächen“ einzuführen, um in Wirklichkeit auf die Bedürfnisse der Privatwirtschaft einzugehen. Diese Vorgehensweise zur Verbesserung der so genannten „Beschäftigungsfähigkeit“ des Einzelnen hat die perverse Auswirkung, dass die Einzelnen die Schuld für ihre wirtschaftliche Situation erhalten und dass sie zum Teil bezüglich ihrer Rechte auf demokratische Teilhabe bevormundet werden.

Andererseits können wir auch feststellen, dass die privaten Einrichtungen, die zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gegründet werden, grosso modo einer Logik der oben beschriebenen Ansätze folgen, ohne jedoch ihre Abhängigkeit von der öffentlichen Finanzierung in Frage zu stellen. Zu Beginn der 80er Jahren konnten wir das Entstehen einer ganzen Reihe von privaten Einrichtungen beobachten, die sich vorrangig im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit engagierten. Damals galt für die meisten von ihnen etwas, was noch heute Bestand hat: Man will an dem arbeiten, was Eingliederung genannt wird. So konzentrierten sich die Bemühungen darauf, Arbeitssuchenden zeitlich begrenzte Stellen anzubieten, sie sozial zu betreuen und ihnen Weiterbildung zu gewähren, damit sie in der Lage sind, eine Beschäftigung in der Privatwirtschaft „zurückzuerobern“.

Diese Vorgehensweise geht mit der zuvor beschriebenen politischen Logik einher und stimmt mit dieser überein. Um diesem Teufelskreis zu entrinnen, in dem das Individuum zur Ursache seines eigenen Scheiterns wird und in dem die Arbeitslosenrate steigt, stellte OPE 1994 die Studie „Objectif Plein Emploi“ vor und verfolgte damit das Ziel, das Scheitern dieser Systeme anzuprangern. In der Studie wird versucht, die Strategien der lokalen Entwicklung mit den Konzepten der Solidarwirtschaft zu kombinieren. Für Luxemburg wird darin ein konkretes Modell für die Umsetzung einer Politik zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung vorgeschlagen.

OPE als wichtiger Akteur der Solidarwirtschaft in Luxemburg

Das OPE-Netzwerk verfügt über ein Ressourcen-Zentrum (angewandte Forschung), welches sein Know-how, das für die Arbeit in den Bereichen Solidarwirtschaft und lokale Entwicklung erforderlich ist, in den Dienst von rund 30 lokalen Mitgliedsvereinen des Netzwerks stellt. Zu diesem Zweck arbeitet das Netzwerk fest mit 61 von insgesamt 116 Gemeinden zusammen und mit 400 Ehrenamtlichen, die sich vor Ort gesellschaftlich engagieren. Die Aufgabe des OPE-Netzwerks besteht darin, bei bereits bestehendem Wunsch vor Ort, Prozesse zur Verbesserung der Lebensqualität einzuleiten, die über neue Aktivitäten in den Bereichen Nachbarschaftsdienste, Umwelt, Kultur und neue Informations- und

Kommunikationstechnologien umgesetzt werden. OPE hat auf diese Weise 950 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Seit Ende der 80er Jahre interessiert sich OPE für moderne Konzepte der lokalen Entwicklung und der Solidarwirtschaft. OPE hat durch sein Engagement auf Ebene der europäischen Netzwerke und durch die Zusammenarbeit mit Forschungs- und Hochschulinstituten der angrenzenden Länder zur Entwicklung dieser Konzepte beigetragen.

Bei den möglichen Tätigkeiten handelt es sich daher zwar um wirtschaftliche Tätigkeiten, sie erfordern jedoch anders geartete Leistungen, andere organisierte Formen des Austauschs, d. h. in erster Linie ehrenamtliche Tätigkeit, Gegenseitigkeitsprinzip und Partnerschaft. Wenn man auch das real existierende sozioökonomische Umfeld zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort berücksichtigt, wird klar, dass es bei den Sorgen der betroffenen Frauen und Männer Abstufungen gibt. Die Arbeitslosigkeit erweist sich zum Beispiel auch in Luxemburg als eine der großen Herausforderungen, denen man sich stellen muss. Das Problem der demografischen Entwicklung fordert neue Lösungen und zwar sowohl für eine hohe Beschäftigungsrate bei der Erwerbsbevölkerung als auch für eine Weiterbeschäftigung älterer Menschen und für die Pflege älterer Menschen. Dieses Beispiel zeigt in der Tat sehr gut, auf welchem Gebiet die Solidarwirtschaft aktiv werden kann.

Akzeptiert man diese Hypothesen, ist es möglich, eine Diskussion zu führen, in der zunächst versucht wird, all diese Handlungsbereiche, die mit neuen Aktivitäten einhergehen, zu definieren und anschließend die geeigneten Regeln für deren Umsetzung zu finden. Zur Definition dieser Regeln muss man einerseits versuchen, alle Aspekte zusammenzutragen, die positiv sind und zum Aufbau beitragen (Partnerschaft, Dezentralisierung, Ehrenamt usw.), und andererseits die Aspekte erfassen, welche die Entwicklung gefährden könnten (ein zu enger Gesetzesrahmen, unlauterer Wettbewerb usw.).

Funktionsfähigkeit im laufenden Prozess verbessert

Das OPE-Netzwerk leugnete nicht die Wurzeln seiner Projekte in den 80er Jahren, die vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ausgingen. Es arrangierte sich mit den Konzepten für Beschäftigungs- und Eingliederungsinitiativen und setzte seine Arbeit fort, indem es sein Vorhaben zu einem Projekt der Bewusstseinsbildung für die gesellschaftliche Verantwortung machte und insbesondere zu einem Projekt der Demokratisierung der Wirtschaft. Dabei bezog OPE die Stakeholder zunehmend in die Ausarbeitung und Umsetzung der allgemeinen Schritte ein. Das Netzwerk ging Schritt für Schritt vor und stützte sich kontinuierlich auf die Stufen, die nach und nach

mit den „Verständnisebenen“ entstanden, die zwischen den Stakeholdern geschaffen wurden. Diese „Verständnisebenen“ beziehen sich auf verschiedene Bereiche wie auf die aktive Beschäftigungspolitik, die Umweltpolitik mit ihren ökologischen Zielen, die Gesundheitspolitik und die Sozialversicherung sowie deren Sorgen um die Befriedigung neuer Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung, auf die Auswüchse der Bildungspolitik, in der der kritische und selbstständige Mensch nicht mehr gefragt ist, auf die Wirtschaftspolitik, die zu unrecht ausschließlich das neoliberale Ideal preist, und auf andere Bereiche, die alles in allem das aufnehmen, was man heute die Herausforderung einer wahrgenommenen Erneuerung des Denkens durch die Einführung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ nennt.

Angesichts des zuvor entwickelten theoretischen und konzeptionellen Ansatzes meinen wir, dass wir konkrete Entwicklungsmechanismen eingeführt haben, die sicherlich nach und nach zu beurteilen und anzupassen sind.

Um die Aktivitäten des Projekts finanzieren zu können, haben wir den Begriff der „Mischfinanzierung“ eingeführt. Typisch für die Mischfinanzierung ist, dass alle, die an der allgemeinen Strategie interessiert sind, in die Aktivitäten, die sie betreffen und in die Projekte und Leistungen, die sie benötigen, investieren können.

Heute teilen sich die Einnahmen bei OPE folgendermaßen auf:

- Staat (Solidaritätssteuer bzw. Fonds für Beschäftigung): 56 %
- Gemeinden: 23 %
- Öffentliche Ausschreibungen: 14 %
- Dienstleistungen für Privatleute: 5 %
- Finanzierung für europäische Projekte: 2 %

Zu den Ausgaben ist anzumerken, dass 82 % der Einnahmen in Personalkosten investiert werden.

Die aktuellen Abläufe und Organisationsweisen bei OPE ermöglichen einerseits eine Offenlegung der Budgets und der Betriebsbuchführung für Einnahmen und Ausgaben und andererseits eine entschlossene Entwicklung hin zur „wirtschaftlichen Autonomie“, welche das Verantwortungsbewusstsein der gesamten Gesellschaft weckt. Die Gewichtung der Herkunft der Finanzierungsbeiträge (öffentlich oder privat) spielt keine entscheidende Rolle.

Die Frage nach der Wahlfreiheit des Einzelnen wie auch nach der Wahlfreiheit des Kollektivs ist hier eine zentrale und wesentliche Frage bei der Verteidigung der demokratischen Rechte. Daraus folgt logischerweise, dass durch die Überführung neuer gesellschaftlicher Bedürfnisse in neue unverzichtbare Arbeitsplätze, Menschen, die aktuell beschäftigungslos sind, zu Akteuren werden, die für das wirtschaftliche Leben erforderlich sind und keine Leistungsempfänger paternalistischer und karitativer sozialer Systeme. Sie stellen eine Ressource dar und keine Behinderung. Genauso geht es daher nicht um die Frage, ob die Suche nach Nischen für wirtschaftliche Tätigkeiten den Boden für eine Vereinnahmung durch Unternehmen mit Erwerbzweck bereitet, sondern es muss nachdrücklich betont werden, dass die Wiederaufnahme von Aktivitäten mit dem Anspruch, die

soziale Kohäsion zu fördern, besser in einem Umfeld geleistet wird, in der Wirtschaft anders und demokratischer, unter direkter Einbindung der Bürger praktiziert wird, also in Einrichtungen ohne Erwerbszweck.

So ist der Verein ohne Erwerbszweck, der von einer Hauptversammlung, gegebenenfalls also von einer unbegrenzten Anzahl von Mitgliedern, gegründet wird, ein Instrument, das insbesondere der Zivilgesellschaft die Möglichkeit gibt, an der eingeleiteten Entwicklung teilzuhaben. Außerdem ist der Verwaltungsrat des Vereins gehalten, darauf zu achten, dass die Zusammensetzung der Mitglieder die Vertretung der gesellschaftlich engagierten Kräfte am jeweiligen Standort garantiert. Zu den gesellschaftlich engagierten Kräften gehören insbesondere die örtlichen gewählten Volksvertreter, die Vertreter der Verbände von Handwerkern und Kaufleuten vor Ort, die Vertreter lokaler Gruppierungen von Gewerkschaften oder anderen Vereinen und die Bürger. Mit einem solchen Ansatz entwickelt sich der Verein ohne Erwerbszweck (asbl) allmählich zu dem Grundwerkzeug schlechthin, um einen partizipativen und demokratischen Ansatz für die Wirtschaft zu garantieren.

Weiterentwicklung des europäischen und des nationalen Gesetzesrahmens

Im Zuge der europäischen Politik, die zum Großteil die Richtung für die Ausarbeitung der gesetzgebenden Politik in den Nationalstaaten, d. h. in den Mitgliedsländern der Union, vorgibt, ist festzustellen, dass zu den wichtigen Themengebieten, die für die Arbeit von OPE sehr interessant sind, unter anderem die Problematik der Massenarbeitslosigkeit gehört, die in den 80er Jahren einsetzte.

Das Weißbuch zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, in dem „neue lokale Beschäftigungsbereiche“, „territoriale Beschäftigungspakte“ und die „europäische Beschäftigungsstrategie“ vorgeschlagen wurden, sowie die Mitteilungen zur „Stärkung der lokalen Dimension“ zeigen, welche Bedeutung dem lokalen Ansatz in Kombination mit einer starken Sozial- und Solidarwirtschaft für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ab Beginn der 90er Jahre über mehr als zehn Jahre beigemessen wurde.

Im Jahr 2000 kehrte man mit der Umsetzung der „Lissabon-Strategie“ zu den bedrückenden neoliberalen Strategien zurück. Oberstes Ziel dieser Strategie war wirtschaftliches Wachstum, das durch den Wandel zum weltweit wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum innerhalb von zehn Jahren erreicht werden sollte. Folglich gerieten die Aktionsprogramme, die von der lokalen Ebene ausgehen und auf der Solidarwirtschaft aufbauen, langsam in Vergessenheit. Eine Vielzahl an Projekten in Europa endete aufgrund dieser Politikwende.

In Luxemburg waren die unmittelbaren Auswirkungen auf die Projekte weniger spektakulär. Bei der Arbeit des Gesetzgebers wurde der eisige neoliberale Wind jedoch spürbar, denn es wurde zum Gegenschlag gerüstet: Betroffen waren Projekte von europäischer Tragweite wie die Abstimmung über die europäische Verfassung, die Bolkestein-Richtlinie zum Freihandel und Gesetzentwürfe, die direkt die Situation der Beschäftigungslosen in Luxemburg betrafen. In der Tat wurde den OPE-Vorschlägen, mit denen ein gesetzliches Umfeld geschaffen werden sollte, in dem sich die Solidarwirtschaft entwickeln kann und in dem die Arbeitnehmer über

geregelt Arbeitsverträge verfügen, in der Zeit von 2005 bis 2007 teilweise entgegengearbeitet. Dazu trugen insbesondere zwei Gesetzentwürfe bei: Der Gesetzentwurf 5144 für soziale Beschäftigungsinitiativen und vor allem der Gesetzentwurf 5611, in dem neue Beschäftigungsmaßnahmen vorgeschlagen wurden. Die beiden Entwürfe stärkten die neoliberale Politik, in der der Einzelne mit der Einführung neuer „Maßnahmen“ (atypische Arbeitsverträge) wie dem „Berufseingliederungsvertrag“ und dem „Berufseinführungsvertrag“ für seine soziale und wirtschaftliche Situation verantwortlich gemacht wird.

Das Engagement von OPE hat jedoch dazu geführt, dass sich heute, nach den Bemühungen um die Gestaltung eines gesetzlichen Rahmens für den Ausbau der Solidarwirtschaft, gewisse Möglichkeiten für einen Fortschritt erkennen lassen. Der Gesetzentwurf 5144 wurde in dem Sinne geändert, dass er die Anstellung von Arbeitssuchenden durch Unternehmen mit und ohne Erwerbszweck in geregelten, unbefristeten Arbeitsverträgen ermöglicht, die zum Teil vom Fonds für Beschäftigung finanziert werden, in den wiederum eine Solidaritätssteuer fließt.

Angewandte Forschung als Speerspitze

Als sozioökonomischer Akteur verfügt OPE über ein Ressourcenzentrum, das mit seinen Abteilungen den Erfordernissen einer sich weiterentwickelnden Forschungs- und Entwicklungsarbeit in folgenden Bereichen entspricht:

- Forschung zu sozioökonomischen und politischen Strategien;
- Forschung zur Planung umweltfreundlicher und ökologischer Programme;
- Forschung zur Entwicklung von Methoden in den Bereichen Bildung, Weiterbildung und Entfaltung von einzelnen Personen und Gemeinschaften;
- Forschung zur Entwicklung geeigneter gesetzlicher, rechtlicher und administrativer Rahmenbedingungen;
- Kompetenz bei den Methoden zu Einführung, Organisation und Management von Projekten.

Ergebnisse, die für Luxemburg besonders wichtig waren und der angewandten OPE-Forschung zuzuschreiben sind:

- 2004: In ihrer Koalitionsvereinbarung erkennt die luxemburgische Regierung die Solidarwirtschaft neben dem öffentlichen und dem privaten Sektor als dritten Pfeiler der Wirtschaft an.
- 2007: Nach der Stellungnahme von OPE ändert das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung das Gesetz Nr. 5144 im Sinne unserer Strategie ab und ändert den Titel (aus dem Gesetz zu den sozialen Beschäftigungsinitiativen wird das Gesetz zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung).
- 2008: In Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit und Beschäftigung erarbeitet OPE im Rahmen des Niederlassungsrechts eine neue Gesetzesvorlage, welche die Einrichtung des neuen Unternehmenstyps „Vereinigung kollektiven Interesses (AIC - Association d'intérêt collectif)“ vorsieht.
- 2008: Nachdem OPE neue Beurteilungsinstrumente erstellt hat, mit denen das Kriterium der Nachhaltigkeit berücksichtigt wird, wurde in ersten öffentlichen Ausschreibungen mehr Wert auf das beste Angebot gelegt, bei dessen

Bewertung auch ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt werden, damit der Preis nicht länger das einzige Kriterium ist.

- 2009: Die luxemburgische Regierung verfolgt konsequent ihre Strategie und setzt einen Minister für Solidarwirtschaft ein.

Um bei der Beschreibung und Einführung eines realen und funktionsfähigen solidarwirtschaftlichen Raums zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft zu überzeugenden Ergebnissen zu gelangen, war die Einrichtung einer intensiven und interaktiven interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bereichen der angewandten Forschung auf interner Ebene von wesentlicher Bedeutung. Auch auf externer Ebene mit Forschungsinstituten, Universitäten und anderen sozioökonomischen Akteuren außerhalb von OPE war die Einrichtung einer solchen Zusammenarbeit ein Muss.

Deshalb investierte OPE auch in die Gründung des Europäischen Instituts für Solidarökonomie (INEES) im Jahr 2006, um diese Art von Zusammenarbeit und Networking auf europäischer und internationaler Ebene besser fördern zu können. Heute ist INEES international anerkannt und war Organisator des 4. Internationalen Forums zur Globalisierung der Solidarität mit mehr als 700 Teilnehmern aus aller Welt.

Der neue Raum, den wir schaffen, wird häufig im Gegensatz zu den zwei anderen, dem öffentlichen und dem privaten Sektor, als „dritter Sektor“ bezeichnet. Daher möchten wir besonders darauf hinweisen, dass der Begriff „Sektor“ gemäß seiner wissenschaftlichen Erklärung ein genau definierter, strikt begrenzter und undurchlässiger Raum ist. Diese drei Räume erfordern jedoch ganz im Gegenteil eine Durchlässigkeit, die Interaktivität, Komplementarität und Evolution durch Prozesse fördert.

Der erklärte politische Wille ermöglicht in jedem Fall den Glauben daran, dass der Begriff des öffentlichen Raums wieder seinen eigentlichen Stellenwert als wesentliches Element unserer demokratischen Systeme und als unerlässlicher Ort für einen ernsthaften Beitrag zum Prozess der sozialen Transformation in unseren Gesellschaften zurückerlangt.